



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Juli 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 36 der Tagesordnung: Bereitstellung kostenfreier Hygieneprodukte an Schulen

Antrag: Volt

Vorlage: 2026/0158

Punkt 36.1 der Tagesordnung: Bereitstellung kostenfreier Hygieneprodukte an Schulen

Interfraktioneller Änderungsantrag: Volt, Die Linke

Vorlage: 2026/0158/1

Beschluss:

1. Die Verwaltung erhebt an allen weiterführenden Schulen in städtischer Trägerschaft, ob und in welcher Form Schüler*innen einen kontinuierlichen, personenunabhängigen und niedrigschwelligen Zugang zu kostenlosen Hygieneprodukten haben und legt den Bericht beim JuKo-Check ~~im Herbst 2026~~ vor. *(Frist geändert: März 2027)*
2. Die Verwaltung stellt auf Basis dieser Erhebung eine Best-Practice-Sammlung zusammen – zu Herausgabemodellen (z. B. SMV-Auslage, Spender, AG, Sekretariat) und Finanzierungswegen (Schulbudget, Sponsoring, Spenden), die eine kontinuierliche Versorgung über das gesamte Schuljahr ermöglichen – und stellt diese allen Schulen zur Verfügung.
3. Die Verwaltung setzt die bereits aufgenommenen Gespräche mit möglichen Sponsoringpartnern fort und berichtet dem Schulausschuss über die Ergebnisse.
4. Die Verwaltung berichtet dem Schulausschuss zum Ende des Schuljahres 2026/27 über den Stand der Umsetzung an den einzelnen Schulen sowie über die Abrufzahlen im städtischen Kaufhaus.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1-4 modifiziert (Verlängerung der Frist): Mehrheitliche Zustimmung (26 Ja, 20 Nein)

Ziffer 5: Mehrheitliche Ablehnung (7 Ja, 39 Nein)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 36 und 36.1 auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen.

Stadtrat Nguyen (Volt): Ja, steter Tropfen höhlt den Stein. Zunächst einmal möchte ich mich auch bedanken bei der Linksfraktion, die haben uns auch schon beim Doppelhaushalt unterstützt, bei dieser Thematik, und auch hier wieder. Und auch vielen Dank an die Verwaltung und

auch an Herrn Allgaier, er ist noch da, für Ihre Geduld auch. Wir versprechen, wir bleiben bei diesem Thema hartnäckig. Wir haben den ursprünglichen Antrag ausführlich im Schulausschuss vorberaten, wir haben zugehört, wir sind allen entgegengekommen, und das Ergebnis ist eben jetzt dieser Änderungsantrag mit Stufenansatz.

Noch ein Wort dazu: Die Vorarbeit haben ja auch die SchülerInnenvertretungen gemacht, also dass die die Schulen abgefragt haben, Konzept erstellt haben, Kosten kalkuliert haben. Ich finde, wir sollten alle glücklich sein, dass wir eine so gelebte Jugendbeteiligung in der Stadt haben, und sie verdient es auch, dass wir sie ernst nehmen.

So, zur Abstimmungsmethodik: Also wir möchten, dass die Ziffern 1 bis 4 zusammen abgestimmt werden und Ziffer 5 getrennt. Ja, die Ziffern, ich gehe die Ziffern mal kurz durch: Also wir beantragen, dass zuerst der Ist-Stand an den 24 Schulen, die vom AKS vertreten werden, ermittelt wird, und dieser Ist-Stand soll beim JuKo-Check im Herbst auch vorgelegt werden, gerade weil die JuKo das Thema Jahr für Jahr einbringt. Und ganz wichtig dabei: Es geht um den kontinuierlichen Zugang und nicht um eine einmalige Spendenaktion, zum Beispiel zum Weltfrauentag, und dann hat man sieben Monate keinen Zugang mehr. Weiterhin, wir möchten eine Best-Practice-Sammlung, das heißt, wir gehen zu den Schulen, wo es schon gut funktioniert, und wir schauen, hey, was macht ihr zu den Auslagen, zu Spendern, wie finanziert ihr das, habt ihr Sponsoring, das wird alles gesammelt und dann den anderen Schulen zur Verfügung gestellt. Das heißt, die Schulen haben alles in der Hand, um es selbst umzusetzen, und wie sie es dann umsetzen, sollen die Schulen dann auch selbst entscheiden. Gleichzeitig sollen die Sponsoring-Gespräche fortgeführt werden, und zum Ende des Schuljahres wird dann noch mal berichtet, also das Schuljahr 26/27 soll noch mal berichtet werden, was der Stand ist. Genau, ich glaube, hier finden sich auch alle wieder, die hier Punkte im Schulausschuss eingebracht haben. Warum wir aber Ziffer 5 trotzdem getrennt abstimmen, und wir wissen, dass es kontrovers und dass Schulbudgets klamm sind. Das ist das letzte Mittel, und sie sollten dann greifen, wenn trotz allem Bemühen die Schulen weiterhin keine funktionierenden Lösungen haben. Und wir hoffen, dass es gar nicht so weit kommt, denn drei Jahre Freiwilligkeit liegen hinter uns nach dem Pilotprojekt, und jetzt ist es an der Zeit, auch die Grundsatzfrage zu stellen: Ist der Zugang zu kostenlosen Hygieneprodukten ein Grundrecht oder Glückssache, dass du als SchülerIn zufällig an eine Schule bist mit engagierter SchülerInnenvertretung? Für uns ist die Antwort ein ganz klares Ja. Das ist ein Grundrecht, und ein Grundrecht regelt man nicht über Freiwilligkeit.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Hygieneprodukte müssen kostenfrei und niederschwellig als selbstverständliches Standardangebot zur Verfügung stehen. Dieses Ziel, das in der JuKo und im Schulausschuss regelmäßig genannt wird, unterstützen wir ausdrücklich. Es ist ein wichtiger Beitrag zur längst fälligen Enttabuisierung des Themas Menstruation. Trotz positiver Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Pilotprojekt ist es in den letzten drei Jahren jedoch nicht zu einer flächendeckenden Versorgung gekommen. Der vorhandene Flickenteppich wird zu Recht immer wieder kritisiert. Der Änderungsantrag von Volt und Die Linke spiegelt den Wunsch nach mehr Verbindlichkeit in Richtung Standardangebot wieder. Gleichzeitig lässt er den Schulen die notwendige Gestaltungsfreiheit, was die konkrete Ausgestaltung des Angebots betrifft. Was uns überzeugt, ist die Ist-Stand-Erhebung und der Best-Practice-Gedanke. Aus der Erhebung soll sichtbar werden, welche Schulen die Aufgabe bereits gut gelöst haben, und diese Beispiele sollen allen zur Verfügung gestellt werden. Das bisherige Engagement einzelner Schulleitungen und SchülerInnenvertretungen bekommt so Vorbildcharakter und kann andere Schulen zur Nachahmung anregen. Zusammen mit dem Umsetzungsbericht sollte dies ein wirksamer Hebel

sein, um perspektivisch zu einer flächendeckenden Versorgung zu kommen. Die Punkte 1 bis 4 unterstützen wir gerne. Die Zweckbindung in Ziffer 5 lehnen wir aber angesichts des ohnehin schon knappen Schulbudgets und als Eingriff in die schulische Entscheidungsfreiheit ab.

Stadtrat Hofmann (CDU): Liebe Volt-Fraktion, ich verstehe das definitiv nicht, was hier gemacht wird. Wir sind uns im Grundsatz, wie die Kollegin Sardarabady gesagt hat, vollkommen einig. Wir haben das schon sehr positiv und ausführlich auch im Schulausschuss diskutiert. Und eigentlich haben uns die geschäftsführenden Schulleiter zugesichert, sie haben uns alle zugesichert, dass es läuft. Das heißt, jetzt spielen wir den AKS, der sagt, es läuft noch nicht überall, gegen die Schulleiter aus, die sagen, es läuft. Und wir zwingen sie dann in eine Geschichte rein, in ihrem fünften Punkt. Das ist doch nicht korrekt. Wir sind eigentlich auf einem guten Weg. Wir haben ein Pilotprojekt gemacht und wollten dies jetzt sukzessive ausbauen. Woher nehmen Sie diese Aussage, dass es nicht gut läuft? Die Schulleiter sagen, es läuft gut. Es läuft sogar hervorragend. Sie haben uns erklärt, wir hatten wie viele unterschiedliche Projekte über Sponsoring, über Bereitstellung, wo man das alles machen kann. Sie haben uns das alles hervorragend erklärt. Ich verstehe nicht, was das jetzt hier soll. Das ist wieder ein Keil reingetrieben in die ganze Geschichte, und ich finde das einfach absolut schlecht. Wir binden jetzt mit diesen ganzen Erhebungen, binden wir wieder Personal im Schul- und Sportamt, das wir dringend eigentlich brauchen, um den Ganzttag umzusetzen, um die ganzen wichtigen Aufgaben, die gerade parallel waren. Die müssen jetzt auch noch das erheben. Eigentlich haben uns die geschäftsführenden Schulleiter zugesichert im Schulausschuss, dass sie dies durchführen und uns die Zahlen auch liefern. Warum müssen wir dann dies jetzt auch noch mal fordern, dass uns die Verwaltung bei diesen extrem knappen Ressourcen, egal mit wem wir reden, mit dem Gesamtpersonalrat, mit irgendjemand anders in den einzelnen Ämtern, die sagen uns: „Wir krebzen auf dem Zahnfleisch und wir haben keine Freiheit.“ Und jetzt sagen wir: „Das muss alles auch noch erledigt werden.“ Ich muss wirklich sagen, wir unterstützen normalerweise das auch und sagen, wir wollen, dass das sukzessive umgesetzt wird. Aber in dem Fall lehnen wir alle Punkte auch definitiv ab, weil es falsch ist, dies jetzt aufzuzwängen, das Ganze. Ja, und es ist überhaupt kein Dissens mit dem AKS. Wir wollen es, aber vielleicht braucht man auch in Zeiten knapper Kassen ein bisschen länger, als es jetzt direkt umzusetzen.

Stadträtin Uysal (SPD): Meine Rede wird nicht so emotional sein, aber ich bedanke mich bei den Antragstellern für diesen Antrag. Das Thema Menstruationshygiene ist kein Randthema, das ist richtig und wichtig. Es geht hier um Chancengleichheit, es geht hier um Teilhabe und auch um Würde. Und kein Mädchen sollte sich im Schulalltag Gedanken machen müssen, ob sie Zugang zu Hygieneprodukten haben oder nicht. Und deshalb werden wir auch diesen Änderungsantrag ausdrücklich befürworten, und zwar die Ziffern 1 bis 4. Warum machen wir das? Weil wir zunächst wissen müssen, wie die Situation an unseren Schulen tatsächlich aussieht. Eine Bestandsaufnahme schafft Transparenz. Und da kann ich Ihnen, Herr Kollege Hofmann, lieber Detlef, nicht beisteuern, dass Sie sagen, es ist doch alles schon zugesichert oder es ist doch schon alles klar. Wenn das so wäre, dann wäre dieses Thema im JuKo-Check nicht mehrmals aufgetaucht. Also ist es doch nicht. Du sagst jetzt, dass die Schulleiter das zusichern, aber man muss auch die Schülerseite anhören. Und die Schülerseite hat uns, auch im Schulbeirat, ganz klar gesagt, es ist eben nicht einheitlich geregelt. Es gibt Schulen, da fehlen diese Hygieneprodukte. Wir haben keinen kontinuierlichen Zugang. Und es ist wichtig, dass wir aus guten Beispielen, aus den Schulen gute Beispiele sammeln und das auch weitergeben können. Und Gespräche mit möglichen Partnern und Sponsoren sind auf jeden Fall sinnvoll. Und dann folgt eine Berichterstattung, die dann dafür sorgt, dass wir nachvollziehen können, ob sich die Versorgung

tatsächlich verbessert hat oder nicht. Gerade wir wissen aus dem Pilotprojekt an der Lessing-Schule und der Sophie-Scholl-Realschule, ja, wo ich auch selber unterrichte, dass solche Modelle eben funktionieren können. Aber wir wissen eben auch, dass sich daraus bisher keine flächendeckende Lösung entwickelt hat. Den fünften Punkt werden wir allerdings nicht mittragen heute. Nicht, weil wir das Ziel ablehnen, ganz im Gegenteil, sondern weil wir der Auffassung sind, dass wir zunächst die Ergebnisse der Erhebung und der Evaluation abwarten sollten. Und erst, wenn klar ist, wo tatsächlich Versorgungslücken bestehen und welche Modelle sich bewährt haben, können wir über verbindliche finanzielle Vorgaben entscheiden. Deshalb werden wir heute den Punkten 1 bis 4 zustimmen und den Punkt 5 ablehnen.

Stadtrat Stolz (AfD): Hygieneartikel für akute Notfälle an Schulen bereitzuhalten, ist sinnvoll. Wo Bedarf besteht, können die Schulen bereits heute pragmatisch handeln. Dafür braucht es weder einen Grundsatzbeschluss noch eine pauschale Finanzierung sämtlicher weiterführender Schulen. Im Antrag 36 wird behauptet, die Versorgung sei weder beständig noch gerecht, weil sie von Schulleitungen und SMVen abhängt. Dabei ist die SMV die demokratisch gewählte Interessensvertretung der Schülerinnen und Schüler. Unterschiedliche Entscheidungen sind nicht automatisch ungerecht, sondern können Ausdruck unterschiedlicher Bedarfslagen und funktionsorientierter Eigenverantwortung sein. Auch die angeführte Umfrage trägt den Antrag nicht. Befragt wurden 16- bis 24-Jährige. Schülerinnen unter 16 Jahren wurden gar nicht erfasst, während viele Befragte längst keine weiterführende Schule mehr besuchen. Die viel zitierten 70 Prozent belegen ebenfalls keinen Versorgungsnotstand. Sie besagen lediglich, dass sich die Befragten besser versorgen würden, wenn die Produkte günstiger wären. Dass günstigere oder kostenlose Produkte auf Zustimmung stoßen, dürfte kaum überraschen. Unverhältnismäßig wird es bei der Forderung, die Verwaltung solle zusätzlich nach Sponsoren suchen. Verwaltungsmitarbeiter sollen also Unternehmen ermitteln, Kontakte herstellen, Gespräche führen und Vereinbarungen prüfen, um Beträge von 500 Euro einzuwerben. Der dafür entstehende Personal- und Verwaltungsaufwand könnte am Ende schnell höher ausfallen als der finanzielle Nutzen. Das wäre keine effiziente Sozialpolitik, sondern Bürokratie zur Finanzierung weiterer Bürokratie. Auch die Kosten werden schön gerechnet. Werden die 500 Euro aus den vorhandenen Schulbudgets genommen, fehlt das Geld an anderer Stelle. Werden sie zusätzlich bereitgestellt, entstehen neue Ausgaben. Kosten verschwinden nicht, nur weil man sie innerhalb eines Haushaltes verschiebt. Ungeklärt bleiben Zielgruppe, Produktauswahl, Ausgabestellen und Nachfüllung. Auch die Frage, ob nach progressivem Verständnis künftig Herrentoiletten ausgestattet werden sollen, beantwortet der Antrag nicht. Wo Bedarf besteht, sollen die Schulen handeln. Eine pauschale kommunale Daueraufgabe lehnen wir jedoch ab.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Wir tun uns mit dem Antrag auch ein bisschen schwer. Nicht das Ziel, das dahintersteckt, sondern die Durchführung. Wir haben auch mit mehreren, nicht nur Schulleitern, sondern auch mit mehreren Lehrern an verschiedenen Schulen gesprochen. Und unisono haben die alle gesagt zu uns: „Das ist bei uns eigentlich kein Thema.“ Also die Schulsekretärin, in der Toilette liegt was. Und auch die Finanzierung ist für die gar kein Problem. Und wir tun uns jetzt einfach schwer, hier so einen Verwaltungsaufwand zu verursachen und auch den Schulen das aufzudoktrieren, sage ich mal. Es ist sicherlich ein Unterschied, ob dort schon etwas ältere Schülerinnen sind oder ganz junge, und die halt alle über einen Kamm zu scheren. Und das ist ja auch keine homogene Masse. Die Zusammensetzung der Klassen ändert sich ja von Jahr zu Jahr. Die oberen Klassen gehen ab, es kommen neue dazu. Da sind weniger Mädchen und mehr Jungen oder umgekehrt. Ob da die 500 Euro Budget die richtige Wahl sind, also da tun wir uns wirklich schwer. Und jetzt zu sagen zu den Schulen: „Macht mal eine Erhebung“,

oder wir gehen dahin und machen eine Erhebung und Best Practice. Wir vertrauen eigentlich da drauf, die Schulen haben das bisher eigentlich ganz gut organisiert. Ich habe da, noch von keinen Notfällen ist mir zu Ohren gekommen. Ich kann den Wunsch der Schüler verstehen. Aber das, was uns an Informationen vorliegt, ist es so, dass jede Schule das für sich einen Weg gefunden hat, das bisher zu regeln. Und deswegen sehen wir da auch keinen großen Zwang, da einzugreifen, und würden da der Antwort der Verwaltung folgen.

Stadträtin Döring (KAL): Auch wir unterstützen das Anliegen, dass wir eine flächendeckende Versorgung mit Hygieneprodukten an den Karlsruher Schulen haben. Und wir haben nicht die gleichen Rückmeldungen. Also meine Tochter erzählt mir zum Beispiel von ihrem Gymnasium, ein ehemaliges Mädchengymnasium, dass es dort eben keine Hygieneprodukte einfach zugänglich auf den Toiletten gibt. Manchmal gibt es was, was über die SMV verteilt wird, aber es ist kein zuverlässiges Angebot. Und wenn ich letztes Wochenende auf das Fest in den Toilettencontainer für Damen gehe und dort selbstverständlich einen Spender für Tampons finde, dann frage ich mich schon, warum das eigentlich nicht bei uns an den Schulen möglich ist. Ich habe auch in der Schulausschusssitzung die geschäftsführenden Schulleiter so verstanden, dass der Schulleiter, der da war, sagte: „An meiner Schule ist das überhaupt kein Thema, da läuft das super. Aber ich kann nicht für alle Schulen sprechen.“ Und die geschäftsführenden SchulleiterInnen haben uns zugesagt, wir fragen mal unsere Schulen ab. Das kann ja dann in Zusammenarbeit mit der Verwaltung laufen und eine entsprechende Rückmeldung dann wieder an uns gegeben werden. Insofern sehe ich diesen Punkt in dem Antrag nicht ganz so dramatisch. Ich sehe auch die Zielgruppe nicht schwierig, das sind menstruierende Personen, also insofern sehe ich auch da kein Problem und ich sehe auch nicht, dass schwankende Zahlen von Mädchen an Schulen da jetzt einen Unterschied machen, ob ich jetzt Hygieneprodukte an Schulen brauche oder nicht. Wir würden allerdings auch dem Punkt 5 nicht zustimmen, das ist die Zweckbindung des Schulbudgets. Also da sehen wir keinen Sinn drin. Wir haben die Schulbudgets erst ziemlich reduziert, wir denken, die Schulen sind zum Teil in der Lage, das anders abzubilden, das ist was, dem wir heute nicht zustimmen können, aber wir halten es wirklich für wichtig, an diesem Thema dran zu bleiben, und können deshalb den anderen Punkten des Antrags zustimmen. Das ist hier in diesem Gremium schon einem Großteil wirklich schon lange ein großes Anliegen, dass wir hier eigentlich ein selbstverständliches Angebot an den Schulen haben sollten.

Stadtrat Nguyen (Volt): Vielen Dank. Ich möchte bei dem Thema bei den Fakten bleiben. Herr Hofmann, Sie haben gesagt, dass die geschäftsführenden Schulleiter zugesichert haben, dass es läuft. Im Schulausschuss, wie Frau Döring schon gesagt hat, waren drei Schulvertretungen dabei, zwei haben klar gesagt, es soll nicht freiwillig bleiben, eine dritte Person hatte eher kritisiert, dass man dann was vorschreibt, auf einmal, über ein Budget, wenn es schon anders über Spenden läuft. Das haben wir alles berücksichtigt und in diesen Änderungsantrag mit eingebaut. Und die Verwaltung selbst konnte auch nicht sagen, an wie vielen Schulen das konkret klappt mit kontinuierlicher Versorgung. Ich würde das nicht sagen, dass wir AKS gegen die Schulleiter ausspielen. Das ist Quatsch, weil ich glaube, wir arbeiten ja auch, die Schulleitungen wollen ja das, AKS will das, und AKS hat auch geschafft, diese 24 Schulen abzufragen. Die meisten Schulen haben eben kein kontinuierliches Angebot. Die meisten sind eben Einmalaktionen. So, wenn wir schon sagen, wenn die AKS es schafft, auch neben dem Abitur solche Abfragen zu machen, ich glaube, wir reden hier vielleicht von einer Mail, vielleicht ist es ein bisschen komplizierter, das abzufragen, glaube ich auch, dass auch Schul- und Sportamt das hinkriegt. Und was mich aber schon noch ein bisschen irritiert, und ich möchte eigentlich bei diesem Thema Emotionalität rausnehmen, die CDU hat selbst im Schulausschuss gefordert, dass wir abfragen sollen,

wie es tatsächlich aussieht. Das haben wir in den Antrag eingebaut. Genau dafür haben wir die Ziffern 1 bis 4. Also ich glaube, mehr Entgegenkommen geht gar nicht. Das sind Vorschläge, die auch ihr eingebracht habt, die wir jetzt mit aufgenommen haben, und das ist eigentlich gar nicht kontrovers. Ihr könnt, wenn ihr nicht wollt, bei Punkt 5 nicht abstimmen, das ist vollkommen okay. Aber ich denke, die Aussage, in Zeiten knapper Kassen braucht es eben länger: Es sind schon drei Jahre vergangen. Das möchte ich noch mal wiederholen. Und die Ziffern 1 bis 4, die kosten nichts, und im Extremfall kostet das 12.000 Euro über den Bestand.

Der Vorsitzende: Wenn Sie den Antrag so hier mehrheitlich zustimmen, muss ich mir überlegen, ob ich Widerspruch einlege. Ich kann im Moment dem Sport- und Schulamts nicht zumuten, bis zum Herbst, wir haben drei Tage vor den Sommerferien, und Sie wollen bis zum Herbst eine Abfrage haben aller Schulen. Und Sie wissen genau, wenn Sie die Schulleitungen abfragen: Wie ist das mit den Hygieneprodukten?, wird jeder sagen: Kein Problem. Der eine meint darunter, dass er so einen Automaten hat, der Zweite meint: „Ich kann zur Sekretärin gehen“, der Dritte zum Hausmeister, und der Vierte sagt: „Ich habe von dem Problem noch nichts gehört“, und die Abfrage wird herausfinden: Es ist alles bestens. Genau das, was Ihnen zum Teil ja schon erzählt wird. Ich verstehe ehrlich gesagt überhaupt nicht, warum nicht der Arbeitskreis der Schülervertreter eine Rückmeldung gibt, denn die wissen es am besten, und wenn dann Schulen dabei sind, die es überhaupt nicht annehmen wollen, dann können wir gerne überlegen, wer mit den Schulen mal spricht. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Es gibt Schulkonferenzen. Die Schulkonferenzen entscheiden über das Budget, da sitzen Schülerinnen und Schüler drin. Das wäre doch der Urgrund der Demokratie, dass Sie genau dieses Thema dort einbringen, und Sie werden überall offene Türen einrennen. Warum soll diese Aufgabe zu diesem Zeitpunkt, ich akzeptiere alle Analyse, wir haben seit drei Jahren dieses Pilotprojekt, es ist noch nicht flächendeckend eingeführt, alles in Ordnung, aber ich würde hier eher sagen, lasst uns über den Arbeitskreis die Rückmeldung einsammeln, motiviert die Schülerinnen und Schüler über ihre Vertreter in die Schulkonferenzen zu gehen, wir können da auch noch mal ein öffentliches Statement abgeben, wir sprechen mit einzelnen Schulen, die das überhaupt nicht annehmen wollen. Nur in der Situation, ich kann Ihnen jede Woche nachweisen, was wir für Überlastungsanzeigen haben, wir kommen hinten und vorne nicht hin, die Schulkindbetreuung zu organisieren, die das Schul- und Sportamt in diesem Umfang zum ersten Mal in diesem Herbst aufziehen muss, ich habe massenweise Einsprüche der Eltern, die das Modul 1 nicht haben, das 2, das 3. Ich kann diesem Amt drei Tage vor den Sommerferien mit dieser Zielsetzung so diese ganze Arbeit, die Sie unter 1 bis 4 haben, ehrlich gesagt nicht zumuten, so sehr ich hinter dem Ziel stehe. Das will ich hier ganz deutlich sagen. Wenn Sie es trotzdem beschließen, muss ich überlegen, wie ich damit umgehe, aber ich sage jetzt schon, also ich fände den anderen Weg auch aus Demokratie-grundsätzlichen Gründen wesentlich sinnvoller und bin auch gerne bereit, zur JuKo zu kommen und denen Mut zu machen, das in ihren eigenen Schulen erst mal durchzusetzen. Und wer es da nicht hinkriegt, jederzeit gerne, nur dann dürfen wir auch nicht als bevormundende Institution auftreten, sondern wir müssen Überzeugungsarbeit leisten, und ich finde, die Schülerinnen und Schüler, die uns überzeugen in der JuKo, die können es vor Ort in der Schule erst recht, davon bin ich völlig überzeugt. Deswegen wäre mein Plädoyer, dass Sie uns an der Stelle nicht diese Gigant-Verwaltungsaufgabe aufdrücken, alle Schulen, Best-Practice-Beispiele, das alles, das können doch die Schülerinnen und Schüler mit ihren Social-Media-Möglichkeiten viel besser. Also ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum wir uns die Aufgabe in dieser Dimension anziehen sollen.

Stadtrat Nguyen (Volt): Wir schlagen vor, aufgrund dieser Zeitkritikalität im ersten Punkt die Frist anzupassen auf die JuKo-Konferenz im März '27.

Der Vorsitzende: Ja, ich verstehe immer noch nicht, wir müssen es dann prüfen, wenn Sie dem mehrheitlich zustimmen. Ich nehme jetzt den März auf als Änderung, aber es ändert an meiner grundsätzlichen Kritik nicht, dass ich nicht verstehe, warum die Schülerinnen und Schüler nicht die Abfrage machen können. Dann kriegen Sie wenigstens ehrliche Rückmeldungen, und jede Schule hat einen Schülersprecher, die sind über den AKS organisiert. Da habe ich doch innerhalb von zwei Wochen einen guten Überblick. Dann müssten wir überlegen über AKS, wie man das in die Schulkonferenz einbringt. Hier richtig mal Demokratie mit denen angehen, und wenn dann noch eine Schule sagt, sie will es aber partout nicht, dann können wir überlegen, wer von uns persönlich hinget, oder wir machen noch ein Statement. Aber ich sehe nicht, dass wir als Verwaltung diese Aufgabe übernehmen sollten. Ganz ehrlich.

Stadtrat Nguyen (Volt): Genau, und da schlagen wir auch vor, können wir pragmatisch bleiben, und dass der AKS auch bei dieser Erhebung unterstützen kann. Also wie man dahinkommt, das ist ...

Der Vorsitzende: Sie können jetzt entscheiden, was Sie wollen. Ich behalte mir eine Reaktion vor, und ich kann es auf keinen Fall meinem Amt im Moment zumuten.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich bin ein bisschen irritiert. Also dieser erste Punkt, das ist doch eine Mail an jeden Rektor mit der Bitte, kurz darzustellen, wie es an der jeweiligen Schule gehandhabt wird. Und dann, also kapiere ich es jetzt nicht? Dann setzt sich doch der Rektor hin und schreibt: „Bei uns ist es so, dass wir einen Ort haben, wo wir die Produkte auslegen, und jede Schülerin kann sich bedienen.“ So, und dann ist das eine Antwort, und dann hat man das für jede Schule, und dann ...?

Der Vorsitzende: Also ich kann Ihnen erzählen, wenn das Kultusministerium so was schreibt, dann antworten 80 % der Schulen nicht, ja? Sie sind monatelang beschäftigt, bis Sie dazu eine Antwort kriegen. Und jeder, der sich ertappt fühlt, wird Ihnen in großen Worten darstellen, dass er das ja alles schon plant und was weiß ich und was weiß ich. Sie kriegen von den Schulen, ich sage das hier ungeschützt, Sie kriegen von den Schulen in so kurzer Zeit keine Rückmeldung, mit der Sie wirklich was anfangen können. Lassen Sie es uns bitte über die Schülerinnen und Schüler machen. Aber ich finde, wir verzetteln uns jetzt. Ich habe gesagt, ich werde prüfen, was ich umsetzen kann. Ich nehme den AKS gern dazu. So, wie Sie es hier darstellen, halte ich es im Moment für nicht umsetzbar. Das habe ich Ihnen erzählt. Und dann entscheiden Sie, und ich muss gucken, wie ich damit umgehe. Aber ich würde auch aus anderen Gründen eigentlich meinen, dass man andere Analyseketten und andere Reaktionsketten lieber unterstützen sollte, weil das für alle Beteiligten dann auch eine gute eigene Entwicklung wäre.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ja, vielen Dank. Ich würde noch mal versuchen, einen Kompromissvorschlag zu machen. Um das hinzubekommen, wäre es ein Vorschlag, dass wir uns mit den jeweiligen Fraktionssprechern, dem AKS und den geschäftsführenden Schulleitern mal im Dezernat 3 treffen und versuchen, da dann einen entsprechenden Weg zu finden, dass wir eine Verbindlichkeit reinkriegen. Das ist dann ein Termin. Ich denke, so was ist machbar, und dann könnten wir da entsprechend weitergehen.

Der Vorsitzende: Also ich würde das gerne aufgreifen. Wir machen so ein Treffen, möglichst zeitnah zu Beginn des neuen Schuljahres. Früher kriegen wir es sowieso nicht mehr hin. Und dann gucken Sie, ob Sie dann Ihren Antrag noch mal weiterentwickeln aufgrund der Ergebnisse dieses Gesprächs, und dann können wir es hier noch mal zur Abstimmung stellen. Und dann reicht es bis zum März ja immer noch, aus meiner Sicht. Könnten wir vielleicht so verfahren. Aber ich muss ein bisschen meine Leute schützen. Sorry.

Stadtrat Nguyen (Volt): Wir möchten gerne den Antrag abstimmen lassen.

Der Vorsitzende: Okay. Dann stimmen wir jetzt den Antrag ab. Da ist ja um getrennte Abstimmung gebeten worden. Ich stelle jetzt zur Abstimmung Ziffer 1 bis 4 und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – So, jetzt haben einige nicht mit abgestimmt. Das kann irgendwie nicht stimmen. Also wir machen, oder sind Sie alle nicht da? Also wir machen jetzt noch mal eine Abstimmung, und die gilt dann. Also ab jetzt. – Okay, das ist eine Mehrheit.

Jetzt kommt die Ziffer 5. Da geht es um diese 500 Euro zweckgebunden. Und da bitte ich jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung. Damit haben wir die zu diskutierenden Tagesordnungspunkte alle abgehakt. Herzlichen Dank dafür, dass wir doch so gut in der Zeit liegen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
24. August 2026